

Innenpolitik 2019/2020

Christian G. Winkler

Domestic Politics 2019/2020

This chapter examines major developments in Japanese domestic politics from mid-2019 through to August 2020. Noteworthy developments include the race to succeed Shinzō Abe as Liberal Democratic Party (LDP) president and Prime Minister and the re-formation of the old Democratic Party. Below, the backdrop to this renewed realignment of the opposition parties and its implications for opposition's strategy, such as the potential for cooperation with Reiwa Shinsengumi, are examined. On the policy side, the government's main focus has been the struggle to contain the COVID-19 pandemic and lessen its negative impact on Japan's society and economy.

1 Wahlen

1.1 Wahlen auf nationaler Ebene

Auf nationaler Ebene gab es lediglich zwei Wahlen im Oberhauswahlbezirk Saitama und im Unterhauswahlbezirk Shizuoka 4. Letztere war notwendig geworden, nachdem der langjährige Mandatsträger und ehemalige Umweltminister Yoshio Mochizuki von der LDP Ende 2019 verstorben war. Bei der Wahl im April 2020 konnte Yōichi Fukazawa den Sitz für die LDP verteidigen. Er gewann fast doppelt so viele Stimmen wie der von den Oppositionsparteien unterstützte Gegenkandidat Ken Tanaka (AS 27.04.2020).

Die Oberhauswahl im Bezirk Saitama war die Folge des Rücktritts von Motohiro Ono. Ono war unter der von der Demokratischen Partei Japans (DPJ) geführten Regierung von Premierminister Noda Staatssekretär für Verteidigung und zuletzt Mitglied der Demokratischen Partei des Volkes (DPV). Ono kandidierte für die

Nachfolge des langjährigen Gouverneurs von Saitama, Kiyoshi Ueda. Der seit 2003 amtierende Ueda hatte erklärt, keine fünfte Amtszeit anzustreben und machte somit den Weg für Onos Kandidatur frei. Unter anderem dank Uedas Unterstützung gewann Ono die Wahl im August 2019. Daraufhin kandidierte Ueda im Oktober 2019 erfolgreich für Onos Sitz im Oberhaus. Somit vollzog sich ein sehr seltener Rollentausch und Ueda kehrte als unabhängiger Abgeordneter nach 16 Jahren wieder ins Parlament zurück. Die LDP, deren Kandidat bereits die Gouverneurswahl verloren hatte, entschied sich gegen die Aufstellung eines Kandidaten, wohlwissend um Uedas Popularität (MS 25.09.2019, 28.09.2019a).

1.2 Wahlen auf regionaler Ebene

Die Tōkyōter Gouverneurswahlen fanden trotz der Pandemie planmäßig im Juli 2020 statt. Die Wiederwahl von Amtsinhaberin Yuriko Koike galt bereits vor dem Wahlgang als (fast) sicher: Erstens, weil die LDP dieses Mal auf eine Konfrontation mit ihrer ehemaligen Unterhausabgeordneten verzichtete. Zweitens, weil Koike Zuspruch von den Wählern dafür bekam, sich auf das Krisenmanagement in Zeiten der Pandemie zu fokussieren. Obwohl sie selbst kaum Wahlkampf machte, hatte sie durch die hohen Fallzahlen in Tōkyō im Gegensatz zu ihren Kontrahenten eine sehr hohe Medienpräsenz (MS 06.07.2020). Und drittens, weil die Opposition wie so oft gespalten war. Die japanische Innovationspartei (JIP; *Nihon Ishin no Kai*) stellte mit dem ehemaligen Vize-Gouverneur von Kumamoto, Taisuke Ono, einen eigenen Kandidaten auf. Die Konstitutionell-Demokratische Partei (KDP, *Rikken Minshutō*), die Kommunistische Partei Japans (KPJ, *Nihon Kyōsantō*) und die Sozialdemokratische Partei Japans (SDPJ, *Shakaiminshutō*) hatten sich früh auf die Unterstützung des ehemaligen Vorsitzenden des japanischen Anwaltsbundes (*Nichibenren*) Kenji Utsunomiya festgelegt. Die DPV hingegen entschied sich gegen eine konkrete Wahlempfehlung. Das Bild einer gespaltenen Opposition komplettierte die Kandidatur des *Reiwa Shinsengumi*-Vorsitzenden und ehemaligen Oberhausabgeordneten Tarō Yamamoto (MS 07.07.2020b).

Koike konnte 3,66 Millionen oder 60 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. Damit verwies sie Utsunomiya (844.151 Stimmen), Yamamoto (657.277 Stimmen) und Ono (612.530 Stimmen) deutlich auf die Plätze (MS 07.07.2020b). Bei der vorletzten Gouverneurswahl 2014 hatte Utsunomiya noch 980.000 Stimmen gewonnen. Yamamoto hingegen bekam fast genauso viele Stimmen wie bei seiner erfolgreichen Wahl ins Oberhaus 2013. Makoto Sakurai, der Gründer der ausländerfeindlichen Japan First Partei (*Nippon Daiittō*) errang 178.784 Stimmen (verglichen mit 114.171 Stimmen bei seiner Kandidatur im Jahre 2016) (MS 01.08.2016).

Die Zahlen machen deutlich, dass auch ein gemeinsamer Kandidat aller Oppositionsparteien einen sehr schweren Stand gegen die Amtsinhaberin gehabt hätte. Yamamotos Kandidatur dürfte jedoch auch Auswirkungen auf nationaler Ebene haben. So werden sich DPV und KDP fragen müssen, ob und inwieweit sie bereit sind, mit Yamamoto zusammenzuarbeiten, um eine (weitere) Zersplitterung der Anti-LDP-Wählerschaft bei der nächsten Unterhauswahl zu verhindern.

Auch in den Präfekturen Saitama, Iwate, Kōchi, Kumamoto und Kagoshima fanden zwischen August 2019 und Juli 2020 Gouverneurswahlen statt. In Iwate und Kumamoto setzten sich mit Takuya Tasso und Ikuo Kabashima die beiden Amtsinhaber klar durch (MS 23.03.2020; YS 09.09.2019). In Saitama (siehe 1.1) und Kōchi standen die bisherigen Amtsinhaber nicht mehr zur Wahl. Allerdings unterstützten nicht nur die Oppositionsparteien, sondern auch der ehemalige Gouverneur Ueda seinen Nachfolger Ono. Der von der Regierungskoalition aufgestellte Kandidat hatte das Nachsehen (MS 25.09.2019). Der ehemalige Beamte im Innenministerium Seiji Hamada wurde zum neuen Gouverneur von Kōchi gewählt. Der von den Regierungsparteien unterstützte Hamada setzte sich klar gegen den Oppositionskandidaten Kenji Matsumoto durch. Trotz der Unterstützung von KPJ, SDPJ sowie den lokalen Parteiorganisationen von KPD und DPV fehlten dem KPJ-Mitglied Matsumoto mehr als 60.000 Stimmen zum Sieg. Aus Sicht der Oppositionsparteien war das einzig Positive an der Wahl somit ihre funktionierende, wenn auch noch immer umstrittene Kooperation mit der KPJ und die Hoffnung, dass sich diese bei den kommenden Wahlen positiver im Wahlergebnis niederschlagen wird (MS 26.11.2019). In Kagoshima hingegen standen sieben Kandidaten zur Wahl, von denen drei (Amtsinhaber Satoshi Mitazono, dessen Vorgänger Yūichirou Itō sowie der ehemalige Ministerialbeamte Kōichi Shiota) die lokale LDP-Parteiorganisation um Wahlkampfunterstützung ersuchten. Die LDP-Abgeordneten im Präfekturparlament entschieden sich, Amtsinhaber Mitazono zu unterstützen, aber einige Abgeordnete folgten diesem Beschluss nicht und machten sich stattdessen für Itō stark. Der vom Unterhausabgeordneten Hiroshi Moriyama geführten lokalen Parteiführung war es nicht gelungen, eine einheitliche Linie durchzusetzen. Aus der Wahl im Juli ging folglich der von keiner Partei unterstützte Shiota als Sieger hervor (YS 14.7.2020).

Die Zersplitterung der LDP-Wählerschaft auf regionaler Ebene war bereits bei den Regionalwahlen im April 2019 zu beobachten. In Fukuoka und Shimane unterlagen dabei von der Parteizentrale bzw. Parlamentsabgeordneten unterstützte Kandidaten (Winkler 2019: 27). Ein Grund für diese kleinen Rebellionen mag die sinkende Fähigkeit von Abgeordneten in Tōkyō sein, finanzielle Zuwendungen in ihre jeweiligen Wahlkreise zu lenken (siehe Hijino 2017).

2 Die Parteien

2.1 Die LDP

Zeitgleich mit der Kabinettsumbildung (siehe dritten Abschnitt) benannte der LDP-Parteivorsitzende und Premierminister Shinzō Abe im September 2019 eine neue LDP-Exekutive. Im Gegensatz zu dem stark veränderten Kabinett blieben die wichtigsten Posten in der Partei allerdings in gleicher Hand. Generalsekretär Toshihiro Nikai und der Vorsitzende des PARC (Policy Research Council) Fumio Kishida wurden in ihren Ämtern bestätigt. Als Vorsitzenden des LDP-Exekutivkomitees ernannte Abe Shunichi Suzuki (den Sohn des ehemaligen Premierministers und langjährigen Vorsitzenden des LDP-Exekutivkomitees Zenkō Suzuki) (MS 12.09.2019a). Kishida hatte im Herbst 2019 vergeblich versucht, seine Ausgangsposition im Kampf um Abes Nachfolge zu verbessern, indem er diesen bat, ihn zum LDP-Generalsekretär zu machen. Damit hätte er seinen Einfluss in der Partei stärken können. Dieser Plan scheiterte jedoch am Widerstand von Amtsinhaber Nikai (MS 12.09.2019b).

Abes dritte Amtszeit in Folge als LDP-Parteivorsitzender lief ursprünglich bis September 2021. Nikai hatte sogar eine vierte Amtszeit in Folge ins Spiel gebracht, auch wenn Abe etwaige Ambitionen stets verneint hatte (YS 23.08.2020). Nach Abes plötzlicher Rücktrittsankündigung am 28. August (siehe hierzu 3.) haben sich solche Planspiele selbstredend erübrigt.

Bereits vor Abes überraschender Rücktrittsankündigung gab es eine Vielzahl von Spekulationen um mögliche NachfolgerInnen. Viele potentielle Kandidaten bekleiden gegenwärtig Positionen im Kabinett oder der LDP-Parteiführung, darunter der Vorsitzende des PARC Kishida, Außenminister Toshimitsu Motegi, Verteidigungsminister Tarō Kōno, Gesundheitsminister Katsunobu Katō, der Minister für wirtschaftliche Revitalisierung Yasutoshi Nishimura sowie der Vorsitzende des LDP-Wahlkampfkomitees Hakubun Shimomura. Dazu kommt der an der Basis beliebte ehemalige Generalsekretär und langjährige Abe-Widersacher Shigeru Ishiba (YS 11.09.2019, 09.06.2020, 25.06.2020).

Auch die ehemalige Verteidigungsministerin Tomomi Inada sowie die ehemalige Innenministerin Seiko Noda rechneten sich Chancen aus. Inada selbst gründete zusammen mit Shimomura eine neue Gruppe von Parlamentariern, die eine Vision der Post-Corona-Gesellschaft Japans erarbeiten will. Außerdem plant die jetzige stellvertretende Generalsekretärin die Publikation eines Buchs, welches bis Jahresende erscheinen soll. Noda hingegen traf sich Ende Juli mit Hidehisa Otsuji, dem ehemaligen Vizepräsidenten des Oberhauses, und bat um

seine Unterstützung für eine mögliche Kandidatur. Das Überspringen der ersten Hürde, die für eine Kandidatur notwendige Empfehlung von zwanzig Abgeordneten, wäre sowohl für Inada als auch für Noda eine große Herausforderung gewesen. Noda war bereits 2015 und 2018 an dieser Hürde gescheitert und musste somit auf eine Kandidatur verzichten. Nodas Versuch, ihre Position durch die Aufnahme in die Gruppe des ehemaligen Parteivorsitzenden Sadakazu Tanigaki zu verbessern, schlug fehl, nachdem ihr Beitrittsgesuch abgelehnt worden war. Inada, die lange Zeit ideologisch auf einer Linie mit Premierminister Abe war, hat dieses Jahr überraschenderweise Verständnis für *fūfu bessei* (d. h. die Möglichkeit, dass beide Ehepartner ihren jeweiligen Familiennamen auch nach der Heirat beibehalten können) gezeigt und damit konservative Abgeordnete gegen sich aufgebracht (YS 31.07.2020). Dazu kommt, dass der Vorsitzende von Inadas Faktion, Hiroyuki Hosoda, tendenziell einen Kandidaten einer anderen Faktion bzw. Gruppe (konkret, Regierungssprecher Suga) unterstützen will. Die mitgliederstärkste LDP-Faktion hat während der letzten zwei Jahrzehnte mit Yoshirō Mori (2000–2001), Koizumi (2001–2006), Abe (2006–2007, 2012 bis dato) sowie Yasuo Fukuda (2007–2008) vier von fünf LDP Premierministern gestellt (YS 25.06.2020).

Einer Umfrage der Nachrichtenagentur Jiji aus dem August 2020 zufolge halten 24,6 % aller Befragten Ishiba als den geeignetsten Nachfolger Abes. Auf Platz zwei kommt Umweltminister Koizumi (12,3 %). Alle anderen Kandidaten haben weniger als 10 % Zustimmung erhalten. Unter ihnen schnitt Abe selbst mit 9,2 % noch am besten ab. Es folgten Verteidigungsminister Kōno (7,8 %), der PARC-Vorsitzende Kishida (6 %), Regierungssprecher Suga (4,5 %) und Außenminister Motegi (0,8 %) (Jiji 14.08.2020). Für Ishiba mit Hinblick auf die LDP-internen Wahlen von besonderer Bedeutung ist sicherlich die Tatsache, dass unterdessen auch mehr LDP-Wähler ihn für den geeignetsten nächsten Premierminister halten. Laut der obigen Jiji-Umfrage, sprachen sich 28,5 % der befragten LDP-Wähler für Ishiba, 18 % für Abe und 11,1 % für Koizumi aus. Bei einer ähnlichen Umfrage der Yomiuri Shinbun im Juni hatte Abe noch vor Ishiba gelegen (YS 09.06.2020). Im September (nach Redaktionsschluss) kündigten Regierungssprecher Suga, der PARC-Vorsitzende Kishida und der ehemalige Generalsekretär Ishiba ihre Kandidatur an. Aufgrund der Unterstützung von fünf Faktionen und vieler faktionsloser Abgeordneter geht Suga als klarer Favorit in das Rennen um Abes Nachfolge (Jiji.com 08.09.2020).

2.2 DPV und KDP: Wiederauferstehung der Demokratischen Partei?

Die Spaltung der Opposition in verschiedene Lager, die sich in ihrer Position gegenüber der Regierungskoalition sowie in politischen Fragen wie Atomkraft, Verfassungsreform oder Senkung des Mehrwertsteuersatzes teilweise sehr deutlich voneinander unterscheiden, ist auch 2020 bestehen geblieben.

Nach der Formierung einer gemeinsamen Parlamentsfraktion und zähen Verhandlungen einigten sich DPV, KDP sowie unabhängige Abgeordnete um die ehemaligen DPJ-Vorsitzenden Katsuya Okada und Yoshiko Noda im August 2020 auf eine Wiedervereinigung (bei Redaktionsschluss standen der Name und die Führung der neuen Partei noch nicht fest). Die neu fusionierte Partei wird laut Angaben von KDP-Generalsekretär Fukuyama insgesamt mit ca. 150 Abgeordneten im Parlament vertreten sein. Damit erreicht die neue Partei in etwa die gleiche Zahl von Abgeordneten wie die Demokratische Partei (*Minshintō*) von 2017. Der Verhandlungsführer auf DPV-Seite, der Parteivorsitzende Tamaki, wird der neuen Partei jedoch nicht angehören (AS 20.08.2020a). Er wolle zusammen mit einigen wenigen Mitstreitern weiter die Politik der DPV vertreten, was unter dem Dach einer größeren Partei nicht möglich sei. Rikio Kōdzu, der Vorsitzende des japanischen Gewerkschaftsverbandes *Rengō*, hatte Tamakis Position während der Verhandlungen als »unverständlich« kritisiert. Als wichtigste organisatorische Stütze von DPV und KDP hatte sich die *Rengō*-Spitze für eine Wiedervereinigung starkgemacht (MS 13.08.2020). Seiji Maehara entschloss sich ebenfalls gegen einen Beitritt. Stattdessen sucht der ehemalige Vorsitzende der Demokratischen Partei nach Wegen, mit der JIP zu kooperieren (AS 20.08.2020b).

Tamaki betonte, dass seine Positionen in Sachen Verfassungsreform und Steuerensenkungen nicht mit denen der KDP in Einklang zu bringen seien. Er hatte in seiner Zeit als Vorsitzender weniger auf Konfrontation als vielmehr auf Gegenvorschläge zu LDP-Initiativen gesetzt. So nahm er selbst an den Sitzungen des Komitees zur Verfassung teil, um offensiv mit der LDP über eine mögliche Verfassungsreform zu debattieren. Parteiinterne Kritiker sahen darin allerdings nicht mehr als ein Zugehen auf die LDP. Tamakis Strategie hätte dazu geführt, dass die DPV von vielen Wählern nicht mehr als echte Alternative wahrgenommen würde (AS 20.08.2020b). Die mangelnde Unterstützung für den bisherigen Kurs der Partei spiegelte sich auch in Meinungsumfragen wider: Laut NHK gaben im August weniger als 1 % der Befragten an, die DPV zu unterstützen, während die LDP auf 35,5 % und die KDP auf ca. 5 % kamen (NHK 12.08.2020).

In der KDP-Führung um Edano reifte in der zweiten Jahreshälfte 2019 die Erkenntnis, dass eine Fusion alternativlos sei. Edano selbst stand einer Wiedervereinigung lange Zeit skeptisch gegenüber (siehe z. B. AS 21.8.2019). Allerdings zeigte

die Oberhauswahl im Sommer 2019 erneut, dass eine aus verschiedenen Lagern bestehende Opposition der Regierungskoalition kaum gefährlich werden kann. Die Wiedervereinigung der Demokratischen Partei alleine wird die Situation der Oppositionsparteien jedoch nicht grundlegend verbessern. Zum einen bestehen Differenzen zu Themen wie dem Ausstieg aus der Atomkraft weiterhin (AS 20.08.2020a). Zum anderen stellt sich die Frage, ob die Wähler die neue Partei nach den zähen Verhandlungen nicht nur als Wiederauflage der noch immer unbeliebten Demokratischen Partei sehen, die 2012 die Regierungsverantwortung an die LDP verloren hatte (AS 20.08.2020b).

Die neue, alte Demokratische Partei wird sich erneut die Frage stellen müssen, inwieweit sie mit der KPJ und der *Reiwa Shinsengumi* im Wahlkampf kooperieren kann und will. Zumal die KDP-Führung um Edano, wie bereits unter 1.2 erwähnt, alles andere als glücklich mit Tarō Yamamotos Kandidatur bei der Gouverneurswahl in Tōkyō war. Die Forderung Yamamotos nach einer Wahlkampfkooperation bzw. Kandidaten-Koordination auf Basis eines einheitlichen Wahlversprechens zur Senkung der Mehrwertsteuer auf 5 % (siehe 2.4) dürfte Verhandlungen über eine Kooperation noch weiter erschweren. Immerhin war es die alte Regierungspartei DPJ, die mit Blick auf die Sicherung der Sozialsysteme die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes in den Jahren 2010–2012 auf die politische Agenda gesetzt hatte.

Eine weitere Frage wird sein, welche politischen Schwerpunkte eine neugeformierte Demokratische Partei sowie potentielle Verbündete bei den kommenden Wahlen setzen werden. Die KDP wurde zuletzt 2019 dafür kritisiert, dass ihr Wahlkampfprogramm nicht griffig genug gewesen sei (Winkler 2019: 25–26). Kritiker mahnten zudem an, dass eine neue Oppositionspartei überzeugende Antworten auf die großen sozio-ökonomischen Fragen, wie Überalterung der japanischen Gesellschaft sowie die starke Konzentration von Bevölkerung und Ressourcen auf den Großraum Tōkyō, geben müsse, was bisher nicht der Fall war (MS 11.12.2019).

Grundsätzlich zeigen die obigen Entwicklungen erneut das Dilemma der japanischen Opposition auf: Auf der einen Seite stehen KDP, SDPJ, KPJ sowie die *Reiwa Shinsengumi*, auf der anderen Tamaki, Maehara und die JIP. Während die tendenziell eher links-liberal bzw. sozial-demokratisch ausgerichteten Parteien sich deutlich von der Regierungskoalition abgrenzen wollen, stehen Tamaki oder die JIP der LDP in manchen Politikbereichen relativ nahe und sind auch bereit, mit den Regierungsparteien zu verhandeln. Die bisherigen Versuche, beide Lager zusammenzuführen, sind in der Vergangenheit allesamt gescheitert. Maeharas Plan, eine Alternative zur LDP mit ehemaligen DP-Abgeordneten und Koike als populäre Führungspersonlichkeit aufzubauen, schlug 2017 fehl, nachdem Koike und ihre Partei der Hoffnung (*Kibō no Tō*) dem sozial-demokratischen Flügel der DP (der jetzigen KDP) die Nominierung

verweigert hatten. Koike hatte vor drei Jahren darauf bestanden, dass alle Kandidaten ihrer Partei die umstrittene Sicherheitsgesetzgebung der Regierung Abe sowie eine Verfassungsreform mittragen. Zuvor war bereits die Vorgängerorganisation der jetzigen JIP an der Frage zwischen Kooperation oder Opposition auseinandergebrochen (Winkler 2016: 25, 2019: 29). Die DPV war somit nicht das erste Opfer dieses Schismas und wird wahrscheinlich auch nicht das letzte bleiben.

2.3 Die japanische Innovationspartei

Nach ihren Wahlerfolgen 2019 (siehe Winkler 2019: 23–25, 29) hat die JIP auch bei der Gouverneurswahl in Tōkyō gezeigt, dass sie auch außerhalb ihrer Heimatbasis im Kansai Stimmen gewinnen kann. Ihr Kandidat Taisuke Ono gewann bei der Gouverneurswahl aus dem Stand 612.000 Stimmen und damit fast genauso viele wie der bekanntere Tarō Yamamoto (siehe 1.2). Die Parteispitze um den Vorsitzenden Ichirō Matsui (Bürgermeister der Stadt Ōsaka) und seine Nummer Zwei Yoshifumi Yoshimura (Gouverneur der Präfektur Ōsaka) wollen, sofern es die Zahl der Corona-Infektionen zulässt, die Bürger Ōsakas Ende 2020 erneut über die Fusion von Stadt und Präfektur (*Ōsakato Kōsō*) abstimmen lassen. 2015 war selbiges Konzept knapp in einem Bürgerentscheid gescheitert. Damals hatte der Ishin vorgeschlagen, die Stadt Ōsaka durch fünf spezielle Verwaltungsbezirke ähnlich den 23 Distrikten Tōkyōs (*tokubetsuku*) zu ersetzen. Im zweiten Anlauf sollen es nur noch vier Bezirke (Yodogawa, Kita, Chūō, Tennōji) sein, die jeweils einen wichtigen Bahnhof/Knotenpunkt umfassen (Shin Ōsaka, Umeda, Minami und Tennōji) (NHK 05.08.2020).

2.4 Andere Oppositionsparteien

Die Sozialdemokratische Partei entschied sich im Herbst 2019, der gemeinsamen Parlamentsfraktion von KDP und der DPV beizutreten. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die SDPJ nur noch mit zwei Abgeordneten im Unterhaus vertreten (MS 28.09.2019b).

Nach seiner Wahlniederlage bei der Gouverneurswahl in Tōkyō, betonte Yamamoto, eine Wahlkampfkoalition der Oppositionsparteien benötige einen sachpolitischen Grund, nämlich die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes von gegenwärtig 10 % auf 5 %. Sollte die KDP sich querstellen, so werde die *Reiwa Shinsengumi* 100 eigene Kandidaten aufstellen (MS 07.07.2020a).

Die KPJ zeigte sich offen für Yamamotos Vorstoß. So schlug der Parteivorsitzende Kazuo Shii im Oktober 2019 Gespräche mit den Oppositionsparteien zu dem Thema vor, während ein anderes Mitglied der JKP-Führung die Formation einer gemeinsamen Parlamentsfraktion, bestehend aus KPJ, KDP, DPV, SDPJ und *Reiwa Shinsengumi*, forderte (MS 01.10.2019).

3 Das Kabinett

Seit November 2019 ist Abe offiziell Rekordhalter unter Japans Premierministern. Keiner seiner Vorgänger hat länger als Regierungschef fungiert. Außerdem ist Abe seit 24.08.2020 auch der Premierminister mit der längsten kontinuierlichen Amtszeit. Er übertraf somit seinen Großonkel Eisaku Satō, der zwischen 1964 und 1972 als Premierminister und LDP-Vorsitzender fungierte (YS 23.08.2020). Nur vier Tage später kündigte Abe auf einer Pressekonferenz seinen baldigen Rücktritt an. Als Grund für die plötzliche Entscheidung nannte er die Verschlechterung seines Gesundheitszustandes (NHK 28.08.2020). Der Premierminister leidet an der chronischen Darmerkrankung *Colitis ulcerosa*. Eine Verschlechterung seines Gesundheitszustandes nach der verlorenen Oberhauswahl im Sommer 2007 wird u. a. als Grund für seinen damaligen Rücktritt genannt. Vor diesem Hintergrund fanden Abes Besuche in einer Tōkyōter Klinik im Juli und August besondere Beachtung (YS 23.08.2020).

Nach Abes Rücktritt stellt sich mehr denn je auch die Frage nach dem Vermächtnis seiner langjährigen Amtszeit. Selbst die LDP-nahe *Yomiuri Shinbun* konstatierte den Mangel eines solchen historischen Vermächtnisses, da Abe trotz diverser Erfolge auf den Gebieten der Wirtschafts- und Außenpolitik weder eine Verfassungsänderung noch die Rückführung der von Nordkorea gekidnappten japanischen Staatsbürger noch eine Lösung des territorialen Konfliktes mit Russland um die nördlichen Gebiete erreicht habe (YS 23.08.2020).

Nach der Oberhauswahl im Juli 2019 bildete Abe sein Kabinett erneut um. 13 Minister wurden zum ersten Mal in das Kabinett berufen. Damit hat Abe die wohl radikalste Kabinettsumbildung seiner seit 2012 andauernden zweiten Amtszeit vorgenommen. Lediglich Finanzminister und Vizepremierminister Tarō Asō und Regierungssprecher Yoshihide Suga wurden in ihren Ämtern bestätigt. Außenminister Kōno wurde von Abe zum Verteidigungsminister ernannt, Motegi, zuvor Minister für spezielle Angelegenheit im Bereich Wirtschaft und Finanzen, folgte Kōno als Außenminister nach. Die ehemalige Innenministerin Sanae Takaichi kehrte nach zweijähriger Abstinenz auf den Posten zurück, den sie bereits von 2014 bis 2017

bekleidet hatte. Mit Gesundheits- und Wohlfahrtsminister Katō, Erziehungsminister Hagiuda und dem Minister für Hokkaidō und Okinawa Setō berief Abe zudem drei seiner engsten Vertrauten. Am meisten Aufmerksamkeit erhielt jedoch die Benennung von Shinichirō Koizumi zum Umweltminister. Koizumi ist der Sohn des ehemaligen Premierministers Junichirō Koizumi (Amtszeit 2001 bis 2006) und galt trotz seines für japanische Verhältnisse jungen Alters von 38 Jahren bereits seit einiger Zeit als Anwärter auf einen Kabinettsposten (MS 12.09.2019a, 12.09.2019b).

Vor dem Hintergrund eines potentiellen Führungswechsels in der LDP (siehe 2.1) wurde auch der Einfluss von Regierungssprecher Suga auf die Kabinettsumbildung betont. Sugas Popularität war durch seine prominente Rolle in der Verkündung des neuen Ära-Namens *Reiwa* angestiegen, und viele Beobachter hatten spekuliert, dass der Weg zu Abes Nachfolge nur über den obersten Regierungssprecher laufen würde. Kōno und Koizumis Wahlkreise liegen wie der von Suga in Kanagawa. Beide pflegen gute Beziehungen zum obersten Regierungssprecher. Außerdem gelang es Suga, Abe von der Ernennung zweier Vertrauter (Katsuyuki Kawai zum Justizminister und Isshū Sugawara zum Wirtschaftsminister) zu überzeugen. Diese Personalien galten als Indiz für Sugas gewachsenen Einfluss in Regierung und Partei (MS 12.09.2019b). Aufgrund eines Parteifinanzierungsskandals bzw. des Verdachts auf illegalen Stimmenkauf wurden Sugawara und Kawai allerdings bereits im Oktober 2019 durch Hiroshi Kajiyama und Masako Mori ersetzt (MS 01.11.2019; siehe Abschnitt 5). Trotz der obigen Skandale geht Suga, wie bereits unter 2.1 erwähnt, als klarer Favorit in das Rennen um Abes Nachfolge. Dies liegt jedoch weniger an seiner Popularität in der Bevölkerung als vielmehr an der breiten Unterstützung Sugas durch die LDP-Faktionen.

Im Jahre 2020 lag der Schwerpunkt der Regierungsarbeit, wie nicht anders zu erwarten, auf dem Kampf gegen die COVID-19-Pandemie (siehe hierzu Abschnitt 4). Umfragen zeigen, dass die bisherigen politischen Reaktionen auf diese neue und signifikante Herausforderung in Japan sehr kritisch gesehen werden. Laut einer Umfrage der öffentlichen Rundfunkanstalt NHK bewerteten Anfang August 58 % aller Befragten die Gegenmaßnahmen der Regierung negativ. In der gleichen Umfrage gaben 34 % der Befragten an, sie sähen die Maßnahmen in gewisser Weise positiv. Lediglich 4 % waren mit der Reaktion der Regierung sehr zufrieden (NHK 12.08.2020). Diese kritische Sicht hatte auch Auswirkungen auf die Zustimmungsraten des Kabinetts. Nach der Oberhauswahl 2019 gaben 49 % der Befragten an, das Kabinett zu unterstützen. Zu Beginn der Pandemie im Februar 2020 lag die Zustimmungsrates immer noch bei 45 %. In den darauffolgenden sechs Monaten sank die Zustimmungsrates stetig und steht Stand August 2020 bei 34 % und damit einem der niedrigsten Werte seit Beginn von Abes zweiter Amtszeit 2012.

4 Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie

Auch wenn die absoluten Fallzahlen in Japan im Vergleich zu den anderen G7-Staaten relativ niedrig sind,¹ standen konkrete Maßnahmen gegen die Pandemie sowie deren Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft seit Anfang des Jahres 2020 im Mittelpunkt der Regierungs- und Parlamentsarbeit. Die japanischen Gesundheitsbehörden sahen sich Anfang Februar mit einer Vielzahl an Infektionen an Bord des im Hafen von Yokohama vor Anker liegenden Kreuzfahrtschiffes *Diamond Princess* konfrontiert. Das Schiff wurde für einen Monat unter Quarantäne gestellt. Von den 3.700 Passagieren und Besatzungsmitgliedern wurden mehr als 700 positiv auf COVID-19 getestet (YS 03.02.2020). Als sich das Virus auch im Inland stärker verbreitete, forderte Premierminister Abe Ende Februar die temporäre Schließung von Schulen sowie die Absage von Massenveranstaltungen. Dabei handelte es sich allerdings um nicht mehr und nicht weniger als einen Aufruf. Eine rechtliche Weisungsbefugnis zur Schließung der Schulen hatte die Zentralregierung nicht (AS 14.03.2020). Um die Gegenmaßnahmen auf eine rechtlich solide Grundlage zu stellen, reformierte die Regierungskoalition mit Zustimmung der Oppositionsparteien ein Gesetz, das ursprünglich als rechtliche Grundlage für die Bekämpfung der neuartigen A/H1N1-Grippe (»Schweinegrippe«) gedient hatte und 2012 erlassen worden war. Auf Basis dieses neuen Gesetzes kann der Premierminister den Notstand ausrufen, wenn 1) das Leben und die Gesundheit der Bürger stark gefährdet ist, und 2) durch eine schnelle, landesweite Ausbreitung der Krankheit der Alltag der Bürger sowie das Wirtschaftsleben sehr stark beeinträchtigt werden (AS 14.03.2020). Nachdem die Zahl der Infizierten in der Folge vor allem in den Ballungszentren stetig angestiegen war, rief Premierminister Abe am 7. April für einen Monat den Notstand über die sieben am stärksten betroffenen Präfekturen (Tōkyō, Chiba, Kanagawa, Saitama, Ōsaka, Hyōgo und Fukuoka) aus (AS 08.04.2020). Am 4. Mai wurde der Notstand bis Ende Mai verlängert und auf alle 47 Präfekturen ausgedehnt (YS 05.05.2020).

Anders als in Europa sieht die japanische Gesetzgebung zum jetzigen Zeitpunkt jedoch keine Zwangsmaßnahmen, wie z. B. eine Maskenpflicht in öffentlichen Räumen oder Ausgangsbeschränkungen, vor. Das Gesetz erlaubt es dem Premierminister, in einem temporär und geographisch eingegrenzten Rahmen den Notstand auszurufen und somit den Handlungsspielraum der Gouverneure von besonders stark von der Pandemie betroffenen Präfekturen zu erweitern. Präfekturverwaltungen

¹ Laut Berechnungen der Johns Hopkins Universität liegt die Zahl der Infizierten in Japan seit Ausbruch der Epidemie bei 61.916, im Vergleich zu 233.861 in der Bundesrepublik und 5,7 Millionen in den Vereinigten Staaten (JHU 2020: Stand 23. August 2020).

werden somit in die Lage versetzt, die Bevölkerung aufzufordern, das Verlassen der eigenen vier Wände auf das Nötigste zu beschränken, Schulen und öffentliche Einrichtungen zu schließen und Unternehmen zur Einstellung ihres Geschäftsbetriebs anzuhalten. Bei Missachtung dieser Aufforderung kann eine Anweisung erfolgen. Das Gesetz sieht allerdings auch im Fall von Zuwiderhandlungen keine Strafen vor. Als das ursprüngliche Gesetz 2012 unter der DPJ-geführten Regierung verabschiedet wurde, wollte man eine (zu) starke Einschränkung von Bürgerrechten vermeiden. Allerdings erlaubt das Gesetz dem Gouverneur, Immobilien oder Grund für medizinische Notversorgung zu beschlagnahmen (AS 14.03.2020).

Die Frage, inwieweit Grundrechte eingeschränkt werden können bzw. sollen, ist bis heute ein Thema. So weigerten sich z. B. die Betreiber von Spielhallen, den Aufforderungen bzw. den Anweisungen der jeweiligen Präfekturverwaltungen nachzukommen. Die Präfekturen reagierten auf dieses Nichtnachkommen mit der Veröffentlichung der Namen und Adressen der jeweiligen Spielhallen (YS 10.05.2020). Vor diesem Hintergrund verlangte eine Mehrheit der 47 Präfekturgouverneure Änderungen des obigen Gesetzes. 26 Gouverneure sprachen sich für eine klarere Regelung der Entschädigungszahlungen im Falle von Betriebsschließungen aus. 21 regten an, die Kompetenzen zwischen Zentralregierung und Gouverneuren klarer zu definieren. Auf der anderen Seite argumentierte der Gouverneur von Akita, Norihisa Satake, dass Bewegungs- und Geschäftsfreiheit Grundrechte der Bürger seien, deren Einschränkung schwierig sei (AS 22.06.2020).

Trotz dieser Kritik war die Umsetzung des obigen Gesetzes weniger umstritten als andere Gegenmaßnahmen. Als deutlich wurde, dass die Pandemie massive Auswirkungen auf die Volkswirtschaft haben würde, legte sich die Regierung nach Verhandlungen mit den Regierungsparteien Anfang April auf eine Einmalzahlung von 300.000 Yen an Haushalte mit starken Einnahmefällen fest. Schnell wurde sowohl von Seiten der Opposition als auch aus der Regierungskoalition Kritik an dem komplizierten Antragsverfahren und den strengen Konditionen für die Auszahlung laut. Letztlich entschied Premierminister Abe Mitte April, den bereits angekündigten Plan zu verwerfen und kündigte stattdessen eine Einmalzahlung von 100.000 Yen an alle Bürger an (YS 17.04.2020).

Mit der kostenlosen Verteilung von zwei Stoffmasken pro Haushalt hatte die Regierung die Bevölkerung beruhigen und den zwischenzeitlichen Mangel an Masken abfedern wollen. Kritiker sprachen jedoch schnell von *Abe no Mask* (Abes Masken, unter Anlehnung an Abes Wirtschaftspolitik »Abenomics«) und beklagten, dass die Masken zu spät ankamen und ihr Nutzen nicht im Einklang mit den vergleichsweise hohen Kosten stünde. Zudem mussten verunreinigte Exemplare ausgetauscht werden (AS 18.06.2020; YS 17.06.2020).

Nachdem die Zahl der Infektionen zwischenzeitlich zurückgegangen war, wollte die Regierung den inländischen Tourismus pünktlich zum Beginn der Sommerferien mit der *GoTo*-Kampagne ankurbeln. Dieses unter Leitung des Ministeriums für Land und Infrastruktur ausgearbeitete Programm sieht vor, dass Touristen z. B. einen Teil ihrer Hotel- oder Mietwagenkosten erstattet bekommen. Kurz vor Beginn des Programms schnellte die Zahl der Infektionen jedoch wieder in die Höhe und mit ihr die Sorge, dass sich mit Urlaubern aus den urbanen Ballungszentren das Virus auch in den medizinisch oft unterversorgten ländlichen Gebiete ausbreiten könnte. Die Opposition forderte die Regierung auf, das Programm zu verschieben. Kurzfristig entschied das Kabinett, die am stärksten von den ansteigenden Neuinfektionen betroffene Präfektur Tōkyō sowie die Bürger Tōkyōs von der Kampagne auszunehmen (*Aera* 03.08.2020).

Die obigen Maßnahmen führten dazu, dass zum ersten Mal seit den 1990er Jahren vier Budgets (ein Nachtragshaushalt für die Fiskaljahr 2019, der ordentliche Haushalt sowie zwei Nachtragshaushalte für das jetzige Fiskaljahr) in einer einzigen parlamentarischen Sitzungsperiode verabschiedet wurden. Das Gesamtvolumen der beiden Nachtragshaushalte entspricht 40 % des japanischen Bruttoinlandsproduktes. Aufgrund dieser massiven Ausgaben werden 56,3 % des diesjährigen Haushaltes über Schulden finanziert, was einen neuen Höchstwert markiert (*AS* 18.06.2020; *YS* 18.06.2020).

5 Skandale

Wie bereits im dritten Abschnitt angedeutet, produzierte das Thema Parteien- und Wahlkampffinanzierung auch 2019/2020 einige Skandale und Rücktritte. Kurz nach der Kabinettsumbildung im September 2019 erschienen Berichte über irreguläre Wahlkampffinanzierung von Wirtschaftsminister Sugawara sowie illegalen Stimmenkauf durch Justizminister Kawai. Beide traten im Oktober 2019 von ihren Kabinettsposten zurück, behielten jedoch ihr Unterhausabgeordnetenmandat. Schnell wurde jedoch klar, dass die Affäre für Justizminister Kawai ein Nachspiel haben würde (*AS* 16.01.2020). Kawai hatte vor der Oberhauswahl im Juli 2019 großzügig Bargeld an Lokalpolitiker in Hiroshima verteilt, um diese dazu zu bringen im Wahlkampf seine Frau Anri Kawai zu unterstützen. Dieser Plan schien aufzugehen. Anri Kawai gelang überraschend der Einzug ins Oberhaus, während der langjährige LDP-Abgeordnete Kensei Mizote eine Wiederwahl u. a. aufgrund von Anri Kawais Kandidatur verpasste (*AS* 28.06.2020). Die Staatsanwaltschaft wirft dem Ehepaar Kawai vor, circa 29 Millionen Yen an 100 Personen mit dem Ziel des Stimmenkaufs

verteilt zu haben. Der ehemalige Justizminister bestreitet diesen Vorwurf und hat angekündigt, in einem Ende August beginnenden Gerichtsverfahren auf unschuldig zu plädieren (YS 14.08.2020).

Neben den Kawais muss sich ein weiterer (ehemaliger) LDP-Politiker in naher Zukunft vor Gericht verantworten. Tsukasa Akimoto (Wahlkreis Tōkyō 15) wird von der Staatsanwaltschaft wegen Korruption angeklagt. Akimoto wird beschuldigt, sich für den Bau von Casinos eingesetzt zu haben und im Gegenzug Schmiergeld und Reisen von den Beratern eines chinesischen Unternehmens erhalten zu haben (YS 26.12.2019). Im August 2020 wurde zudem ein weiterer Vorwurf gegen Akimoto laut: Die Staatsanwaltschaft verdächtigte ihn des Versuches, Repräsentanten der chinesischen Firma, die als Zeugen gegen ihn aussagen sollten, durch Bestechung zu einer Falschaussage zu seinen Gunsten zu bringen (AS 21.08.2020).

Erziehungsminister Hagiuda sorgte Ende Oktober 2019 mit einer Aussage über neue, von privater Seite durchgeführte Englischtests im Rahmen der universitären Aufnahmeprüfungen für Aufsehen. Das neue Prüfungsverfahren sah vor, Lesen, Hörverständnis, Sprechen, Schreiben durch private Einrichtungen abprüfen zu lassen. Die große Zahl der Prüflinge stellt vor allem im Bereich »Sprechen« sehr hohe Anforderungen an die bereitzustellende, technische Infrastruktur und die Benotung. Der ursprüngliche Plan des Erziehungsministeriums sah vor, dass Schüler*innen der 12. Klasse ihre Testergebnisse der Universität ihrer Wahl zur Verfügung stellen sollten. Die Zahl der Testläufe vor der eigentlichen Prüfung war jedoch nicht gedeckelt. Mit anderen Worten, die Zahl der Probeläufe hängt vor allem von der Fähigkeit der jeweiligen Familie, die Testgebühren zu entrichten, ab. Zudem finden sich entsprechende Einrichtungen vor allem in urbanen Zentren. Damit einher geht eine Benachteiligung von Schüler*innen aus ländlichen Regionen. Auf diese Problematik angesprochen, erwiderte der Erziehungsminister, Familien sollten je nach ihrer finanziellen Lage entscheiden, wie oft ihre Kinder die Prüfung durchlaufen sollten. Die Aussage wurde weithin als Unterstützung der größer werdenden Bildungsungleichheit gedeutet und schlug entsprechend hohe Wellen. Daraufhin musste sich Hagiuda entschuldigen und seine Aussage revidieren. Letztlich sah sich das Erziehungsministerium gezwungen, die kontroverse Reform zu verschieben (AS 02.11.2019).

Für Aufsehen sorgte auch der alljährliche Frühjahrsempfang des Premierministers im Shinjuku Gyoen Park. Die Zahl der Teilnehmer war in den vergangenen Jahren stark angestiegen. An der 2019er Ausgabe nahmen 18.000 Personen teil; fünf Jahre zuvor waren es lediglich 4.500. Die Teilnahme an dem Empfang ist für die Gäste kostenlos, weil die Kosten von der Staatskasse übernommen werden. Die bei

der Erstellung der Gästeliste angewendeten Auswahlkriterien sind wage und sprechen lediglich von Personen, die sich in ihrem jeweiligen Tätigkeitsfeld Verdienste erworben haben (MS 13.11.2019). Die Opposition und die Medien kritisierten, dass in den vergangenen Jahren verstärkt Unterstützer von Premier Abe und der LDP zu dem Empfang eingeladen wurden und dieser somit den Charakter einer durch die Staatskasse finanzierten Wahlkampfveranstaltung bekäme (MS 13.11.2019). Vor diesem Hintergrund forderte die Opposition von der Regierung die Herausgabe der Teilnehmerlisten sowie Informationen über den Einfluss von Premier Abe auf die Auswahl der Teilnehmer. Während Listen der auf Empfehlung der Ministerien eingeladenen Gäste vorhanden waren, existierten laut Kabinettsamt keine Listen der Gäste, die dank politischer Verbindungen eingeladen worden waren. Im Nachhinein stellte sich jedoch heraus, dass vorhandene Informationen nicht im vollen Umfang an das Parlament weitergeleitet worden waren. Zudem musste Premier Abe letztlich einräumen, dass er bei der Erstellung der Teilnehmerliste Empfehlungen abgegeben hatte (AS 22.02.2020).

Ein weiterer Skandal ereignete sich pikanterweise an der Spitze der Staatsanwaltschaft. Der Tōkyōter Oberstaatsanwalt Hiromu Kurokawa reichte im Mai seinen Rücktritt ein, nachdem bekannt wurde, dass er im Haus eines Journalisten um Geld Mah-Jongg gespielt hatte, während die Regierung die Bevölkerung dazu aufgerufen hatte, zu Hause zu bleiben (AS 22.05.2020). Die Personalie war bereits vor diesem Skandal hochpolitisiert und umstritten, weil das Kabinett Kurokawas Ruhestand um ein halbes Jahr verschoben hatte. Als die Regierung danach dem Parlament eine Gesetzesänderung zur Abstimmung vorlegte, die das Rentenalter von Staatsanwälten erhöhen und dem Kabinett die Option gab, die Führung der Staatsanwaltschaft unter besonderen Umständen auch über das Pensionierungsalter (von 63 bzw. 65 Jahren) hinweg bis zu drei Jahre im Amt zu belassen, wurde Kritik laut. Die Opposition warf Justizministerin Mori und Premierminister Abe vor, vollendete Tatsachen im Nachhinein juristisch absegnen zu wollen. Die Verschiebung von Kurokawas Pensionierung wurde als Versuch der Regierung gesehen, einen ihr nahestehenden Beamten zum obersten Staatsanwalt Japans zu machen, weil der seinerzeit amtierende Generalstaatsanwalt Inada kurz vor der Pensionierung stand. Aufgrund des öffentlichen Drucks entschied sich die Regierung, obigen Gesetzentwurf vorerst auf Eis zu legen (AS 19.05.2020). Kurokawas Rücktritt ebnete den Weg für die Ernennung von Makoto Hayashi zum Generalstaatsanwalt (AS 15.07.2020).

Literatur

- Aera* (03.08.2020), »GoTo Travel Shinsō Seifu no Ryokou Shinkōsaku ga Meisō« [Tiefen der GoTo Travel Kampagne: Fördermaßnahmen der Regierung für Tourismusindustrie auf Abwegen], S. 26.
- AS (*Asahi Shinbun*) (21.08.2019), »Kyūminshin Saguru Saikeshū Genpatsu: Kaiken nao Mizo, Tōitsu Kaika Kessei« [Alte Demokratische Partei sucht Wege zur Wiedervereinigung: Nach wie vor Differenzen bei den Themen Atomkraft und Verfassungsreform, Bildung einer gemeinsamen Fraktion], S. 3.
- AS (*Asahi Shinbun*) (02.11.2019), »Eigo Minkan Shiken, Miokuri« [Einführung des von privater Hand durchgeführten Englischtests wird verschoben], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (16.01.2020), »Kokkai he Hidane« [Funken springen auf das Parlament über], S. 3.
- AS (*Asahi Shinbun*) (22.02.2020), »Sakura Shushō no Shibutsuka Rotei« [Aufgedeckt: Premierminister benutzt Kirschblütenempfang für private Zwecke], S. 2.
- AS (*Asahi Shinbun*) (14.03.2020), »Kinkyū Jitai, Nao Shinchōron« [Noch immer zurückhaltende Stimmen in Sachen Notstand], S. 2.
- AS (*Asahi Shinbun*) (08.04.2020), »Kinkyū Jitai Sengen 7tofuken Taishō Raigetsu 6nichi made« [Notstand über sieben Präfekturen bis 6. Mai verhängt], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (27.04.2020), »Jimin Fukazawa-shi ga Tōsen« [Herr Fukuzawa von der LDP gewinnt Wahl], S. 3.
- AS (*Asahi Shinbun*) (19.05.2020), »Kensatsuchōhō Kaisei Konkokkai Dannen« [Regierung verzichtet auf Änderung des Staatsanwaltschaftsgesetzes während der parlamentarischen Sitzungsperiode], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (22.05.2020), »Kurokawa Kenjichō Kyō Jishoku« [Leitender Oberstaatsanwalt Kurokawa tritt heute zurück], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (18.06.2020), »Yosan 4tsu, Corona Kokkai« [4 Haushalte während der Corona Parlamentsperiode verabschiedet], S. 4.
- AS (*Asahi Shinbun*) (22.06.2020), »Shingata Corona Tokusohō, 34 Chiji Kaisei Hitsuyō« [34 Gouverneure sind der Meinung, dass eine Änderung des Gesetzes über Sondermaßnahmen gegen das neuartige Coronavirus notwendig sei], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (28.06.2020), »Jimoto Seikai ni Kane, Jimin Genshoku o Ishiki« [Geld an Lokalpolitiker mit Gedanken an den Amtsinhaber von der LDP], S. 27.
- AS (*Asahi Shinbun*) (15.07.2020), »Hayashi Kenji Sōchō, Kettei« [Herr Hayashi wird Generalstaatsanwalt], S. 29.
- AS (*Asahi Shinbun*) (20.08.2020a), »Kokumin, Rikken to Gōryū Kettei Kaitō, 150nin Kibo Shintō« [DPV entscheidet sich für Fusion mit KDP, neue Partei wird ca. 150 Abgeordnete haben], S. 1

- AS (*Asahi Shinbun*) (20.08.2020b), »Kokumin, Gakeppuchi no Ketsudan« [DPV mit Entscheidung am Rande des Abhangs], S. 2.
- AS (*Asahi Shinbun*) (21.08.2020), »Akimoto Giin o Taiho« [Abgeordneter Akimoto verhaftet], S. 1.
- Hijino, Ken L. (2017), *Local Politics and National Policy*. New York: Routledge.
- JHU (Johns Hopkins University) (2020), *COVID-19 Dashboard by the Center for Systems Science and Engineering at Johns Hopkins University (JHU)*, <https://coronavirus.jhu.edu/map.html> (23.08.2020).
- Jiji (14.08.2020), »Tsugi no Shushō Ishiba-shi Toppu Iji Jimin Shijisō demo« [Nächster Premierminister: Herr Ishiba liegt weiterhin in Führung, auch unter LDP-Wählern], <https://www.jiji.com/jc/article?k=2020081400839&g=pol> (23.08.2020).
- Jiji (08.09.2020) »Suga-shi, 5 Habatsu Baransu ni Hairyo« [Herr Suga bemüht um Balance zwischen 5 Fraktionen], <https://www.jiji.com/jc/article?k=2020090800893&g=pol>
- MS (*Mainichi Shinbun*) (01.08.2016), »Tochijisen: Koike-shi ›Jūseki o tsūkan‹ Asshō 291-manbyō« [Gouverneurswahl in Tōkyō: Frau Koike fühlt schwere Verantwortung, klarer Sieg mit 2,91 Millionen Stimmen], Abendausgabe Tōkyō, S. 1.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (12.09.2019a), »Daiyonji Abe Saikaizō Naikaku, Jimintō Shikkōbu no Yokogao« [Profile der Mitglieder des erneut umgebildeten 4. Abe-Kabinetts und der LDP-Führung], S. 9.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (12.09.2019b), »Close-up Naikaku Kaizō Kōkei Arasoi de Itabasami Shushō, Kuniku no antei« [Close-up: Kabinettsumbildung, Premierminister aufgrund des Kampfes um seine Nachfolge in der Zwickmühle, Stabilität als letzter Ausweg], S. 3.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (25.09.2019), »Jimintō: Jimin, Sanin Saitama Yōritsu Miokuri« [LDP: LDP nimmt Abstand von Nominierung von Kandidaten im Oberhauswahlkreis Saitama], S. 5.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (28.09.2019a), »Senkyo: Sanin Saitama Hosen Ueda-shi, Hatsutōsen« [Wahlen: Herr Ueda gelingt erster Wahlerfolg bei Nachwahlen im Oberhauswahlkreis Saitama], S. 1.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (28.09.2019b), »Shamintō: Shamin, Shūin demo Tōitsu Kaiha Sanka he« [SDP]: Die SDP tritt auch im Unterhaus der gemeinsamen (Oppositions)fraktion bei], S. 5.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (01.10.2019), »Kyōsantō: Shōhizei 5 %« [KPJ fordert Mehrwertsteuersatz von 5 %], S. 5.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (01.11.2019), »Close-up: Abe Seiken, Jinin Domino Keikai« [Close-up: Regierung Abe wegen Dominoeffekt von Rücktritten alarmiert], S. 3.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (13.11.2019), »Shasetsu: Sakurai o miru Kai no Shishutsuzō Kōkinshibutsuka no Gimon o tsunoru« [Editorial: Anstieg der Ausgaben für Kirsch-

blüten-Empfang wirft die Frage nach Verwendung von öffentlichen Mitteln für private Zwecke auf], S. 5.

MS (*Mainichi Shinbun*) (26.11.2019), »Senkyo: Kōchiken Chijisen Haiboku, Yatō, Kyōtō Iji o Kyōchō« [Wahlen: Niederlage bei der Gouverneurswahl in der Präfektur Kōchi; Opposition betont Beibehaltung der Kooperation], S. 5.

MS (*Mainichi Shinbun*) (11.12.2019), »Shasetsu: Kyūminshintō Saigōryū no Ugoki« [Meinung: Bewegung hin zu einer Wiedervereinigung der alten Demokratischen Partei], S. 5.

MS (*Mainichi Shinbun*) (23.03.2020), »Senkyo: Kumamotoken Chijisen Kabashima-shi 4sen« [Wahlen: Herr Kabashima zum vierten Mal zum Gouverneur von Kumamoto gewählt], S. 2.

MS (*Mainichi Shinbun*) (06.07.2020), »Tochijisen 2020: Corona Sennen, Koike-shi ni Ri Taisa de Saisen« [Tōkyōter Gouverneurswahlen 2020: Frau Koike konzentriert sich auf Bekämpfung des Coronavirus und wird klar im Amt bestätigt], S. 2.

MS (*Mainichi Shinbun*) (07.07.2020a), »Jiki Shūinsen: Yatō Kyōtō ›Shōhizei 5 % ga Jōken‹ Reiwa Yamamoto Daihyō ga Kyōchō« [Nächste Unterhauswahl: Reiwa-Vorsitzender Yamamoto betont, dass Mehrwertsteuersatz von 5 % eine Kondition für Zusammenarbeit mit den anderen Oppositionsparteien ist], S. 5.

MS (*Mainichi Shinbun*) (07.07.2020b), »Tochijisen 2020: Yatō, Shūinsen Kyōtō ni Fuan« [Tōkyōter Gouverneurswahlen 2020: Oppositionsparteien in Sorge um Kooperation im Unterhauswahlkampf], S. 5.

MS (*Mainichi Shinbun*) (13.08.2020), »Rikken Kokumin: Rengō, Gōryū Shintō o Shien, Kōdzu Kaichō, Kokumin no Buntō Gimonshi« [KDP und DPV: Rengō wird neufusionierte Partei unterstützen, Vorsitzender Kōdzu sieht Spaltung der DPV kritisch], S. 5.

NHK (*Nippon Hōsō Kyōkai*) (05.08.2020), »Shōbu futatabi Ōsakato Kōsō« [Erneuter Wettkampf um Ōsakato-Konzept], <https://www.nhk.or.jp/politics/articles/feature/42721.html> (23.08.2020).

NHK (*Nippon Hōsō Kyōkai*) (12.08.2020), »Naikaku Shijiritsu« [Zustimmungsraten des Kabinetts], <https://www.nhk.or.jp/senkyo/shijiritsu/> (23.08.2020).

NHK (28.08.2020), »Abe Shushō Seishiki ni Jii Hyōmei« [Premierminister Abe kündigt offiziell seinen Rücktritt an], <https://www3.nhk.or.jp/news/html/20200828/k10012588961000.html>

Winkler, Christian G. (2016), »Japans Innenpolitik 2015/2016«, in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2016: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 23–39.

Winkler, Christian G. (2019), »Japans Innenpolitik 2018/2019«, in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2019: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 23–40.

YS (*Yomiuri Shinbun*) (09.09.2019), »Tasso Iwateken Chiji Shinjin Yaburi 4-sen« [Iwate Gouverneur Tasso bezwingt neuen Herausforderer, gewinnt vierte Wahl], Abendausgabe, S. 3.

- YS (*Yomiuri Shinbun*) (11.09.2019), »Koizumi-shi Kiyō Sapuraizu« [Ernennung von Herrn Koizumi eine Überraschung], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (26.12.2019), »Scanner: Kokkai Giin 10-nen buri Taiho« [Erste Verhaftung eines Abgeordneten seit 10 Jahren], S. 3.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (03.02.2020), »Cruise Gesen Kanryō« [Ausschiffen des Kreuzfahrtschiffes abgeschlossen], S. 31.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (17.04.2020), »10manen Ichiritsu Kyūfu he« [Auszahlung von einheitlich 100.000 Yen beschlossen], S. 1.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (05.05.2020), »Shingata Corona Kinkyū Jitai Sengen Enchō« [Neuartiges Coronavirus: Verlängerung des Notstands], S. 1.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (10.05.2020), »To, Eigyō Pachinko Hatsukōhyō 15ten« [Präfektur Tōkyō veröffentlicht erstmals Namen von 15 Spielhallen, die geöffnet haben], S. 26.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (09.06.2020), »Jiki Shushō Kōho Ishiba-shi toppu« [Ishiba unter den Kandidaten auf die Premiernachfolge am beliebtesten], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (17.06.2020), »Nuno Masuku Osokatta Haifu hobo Shūryō« [Verspätete (Lieferung von) Stoffmasken, Verteilung fast abgeschlossen], S. 29.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (18.06.2020), »Irei Corona Kokkai Heikai« [Ende der ungewöhnlichen parlamentarischen »Corona« Sitzungsperiode], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (25.06.2020), »Post Abe Wareru Hosoda-ha 3shi iyoku« [Hosoda-Fraktion in Sachen Abe-Nachfolge gespalten, Drei Fraktionsmitglieder zeigen Interesse], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (14.07.2020), »Hoshu Bunretsu Jikō ni Itade Kagoshima Chijisen« [Schlag für die Regierungsparteien bei Gouverneurswahl in Kagoshima nach Spaltung der konservativen Kräfte], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (31.07.2020), »Josei Giin Post-Abe Kadai« [Herausforderungen für weibliche Abgeordnete im Rennen um Abes Nachfolge], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (14.08.2020), »Saiban Uchikiri Shuchō he Zenhōshō ›Ihō na Shihō Torihiki« [Ehemaliger Justizminister pocht auf Einstellung des Verfahrens, wegen »illegaler Verfahrensabsprachen«], S. 3.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (23.08.2020), »Renzoku Zaishoku Saichō Shushō Keizai, Gaikō de Jiseki, Legacy mitōsezu« [Premierminister mit der längsten kontinuierlichen Amtszeit, Leistungen in der Außen- und Wirtschaftspolitik, aber kein Vermächtnis in Sicht], S. 2.